

Donald löst den Nahostkonflikt

Was wie eine Satire klingt und in der Tat erschreckend ostentative Züge einer Politshow hatte, ist doch beängstigend ernst. Schon kurz nach seiner Wahl zum mächtigsten Mann der Welt erklärte ein Präsident namens Donald mit gelben Haaren und Gehabe und Gerede, die man in einem Kindercomic nicht witzig fände, dass er, als politisches Genie und Deal Maker ohne Beispiel, die endgültige Lösung des Nahostkonflikts herbeiführen werde. Seitdem war Jared Kushner, von dem bisher nicht klar ist, welche Funktion er in der US-amerikanischen Regierung eigentlich innehat, damit beauftragt, die nötigen Details zu Papier zu bringen. Eine Qualifikation – außer der des Schwiegersohns – hat er immerhin aufzuweisen: Seine Eltern sind seit langem enge Freunde der Netanyahus (laut New York Times erzählte der israelische Premierminister freudig, dass er schon einmal in Jareds Kinderzimmer in New Jersey übernachtet habe). Und Fleiß in der Sache ist dem stellvertretenden Genie nicht abzusprechen: Der am 28. Januar 2020 im Weißen Haus präsentierte Plan mit dem amtlichen Titel „Peace to Prosperity: A Vision to Improve the Lives of the Palestinian and Israeli People“ umfasst 181 Seiten.

Wer die Show, bestehend aus je einer halbstündigen Rede des US-Präsidenten und des israelischen Ministerpräsidenten und dann als Schlussmusik „What a wonderful day“, in voller Länge verfolgt hat, hat verstanden, dass hier ein Deal zwischen diesen beiden Männern verkündet wurde, die sich mit Lob und Anerkennung gegenseitig überschütteten, und von denen der eine sich (noch) in einem Amtsenthebungsverfahren befand und der andere am selben Tag wegen Betrugs, Untreue und Bestechlichkeit im Amt angeklagt wurde. Im Wahlkampfmodus befanden sich beide, und ihre potentiellen Wähler und Unterstützer sehen in dem, was Israel und die USA ohne Beteiligung der betroffenen Palästinenser ausgehandelt haben, in der Tat den „Deal des Jahrhunderts“, als der der Trump-Plan schon seit zwei Jahren angekündigt worden war. Für die israelische Regierung ist er das auch – denn er verspricht die Anerkennung von Jahrzehnte lang völkerrechtswidrig umgesetzten Tatsachen und das in einem Ausmaß, wie sich das kein noch so rechtsgerichteter israelischer Premier ohne Trump als Präsident je hätte erhoffen können. Weniger rechtsgerichtete Israelis – sie gibt es noch immer und wird es immer geben, wiewohl ihre Stimmen (vor allem außerhalb Israels) immer mehr zum Schweigen gebracht werden – verstehen den Plan als einen Anschlag nicht nur auf die Palästinenser, sondern vor allem auch auf sie selbst und auf alle, die aufrichtig Frieden in Nahost anstreben. Die niveauhöchste israelische Tageszeitung – so etwas wie in Deutschland SZ, FAZ und ZEIT in einem, wiewohl von der eigenen Regierung unter politischem Beschuss und von deren Anhängern gerne marginalisiert und diskreditiert – titelte am nächsten Tag: „Trump’s Plan is Ludicrous, Dangerous and Onesided“, „Trump’s Mideast Plan Is a Recipe for War, Not Peace“ und stellte fest, der Plan „was written with the clear intention of getting the Palestinians to reject it.“

Nachdem die damals von der PLO repräsentierten Palästinenser schon 1988 den Staat Israel anerkannt haben und mit den Oslo-Verträgen 1993 auf 77 Prozent ihres Landes verzichteten, hätten sie jetzt als möglicherweise „letzte Chance“ (Trump) die Wahl, den Plan bedingungslos zu akzeptieren. Dann, so Netanyahu wörtlich („wenn sie alle Bedingungen akzeptieren“), „wird Israel bereit sein, über Frieden zu verhandeln.“ Den Palästinensern kommt im Netanyahu-Trump-Abkommen die Rolle der Eingeborenen

zu, denen Glasperlen hingehalten werden. Von ihnen wird offenbar ganz kalkuliert erwartet, dass sie sich widersetzen – damit keine der ihnen scheinbar in Aussicht gestellten Zugeständnisse erfüllt zu werden brauchen, während Netanyahus Wunschzettel Punkt für Punkt umgesetzt werden soll.

Die Arroganz der Macht manifestiert sich hier in so unverblümt menschenverachtender Weise, dass man einen Wiedergänger des Kolonialismus des späten 19. Jahrhunderts auf offener Bühne erlebt – und dazu den Applaus von Menschen, die anscheinend kein Gespür mehr für die Würde und die grundlegenden Rechte „der anderen“ aufbringen. Das ist es, was uns alle erschrecken muss. Wir alle sind hier angesprochen. Denn diese Vorstellung in Washington war eine Schande für die zivilisierte Welt. Dass sie möglich werden konnte, verweist auch auf das totale Versagen Europas in Nahost.

Natürlich wird das zu noch mehr Gewalt führen, zu noch mehr Bedrohung für den jüdischen Staat, dessen Überleben dadurch ganz gewiss nicht gesichert, sondern noch stärker gefährdet wird. Der 28. Januar 2020 könnte den letzten Nagel in den Sarg einer friedlichen Zukunft für Israelis und Palästinenser geschlagen haben. Diese Perspektive sollten vor allem auch jene an sich heranlassen, die demnächst vermutlich auch Kritik am „Deal of the Century“ als „israelbezogenen Antisemitismus“ brandmarken wollen.

Dabei wissen alle, dass Frieden machbar ist. Der Oslo-Prozess der 1990er Jahre hat bewiesen, dass beide Seiten zu enormen Zugeständnissen bereit sein können, wenn die Richtigen regieren. Zerschlagen wurde dieser Prozess und seitdem die damit verbundenen Hoffnungen auf echten Frieden von seinen Gegnern – zu denen sich damals schon Benjamin Netanyahu zählte –, vom islammissbrauchenden Terror der Hamas, der Netanyahu damals zum ersten Mal ins Amt des Ministerpräsidenten spülte, vom Mörder Jizchak Rabins u. v. a. Würde ein Plan von den betroffenen Parteien auf Augenhöhe, unter Achtung der gegenseitigen Rechte, des jeweiligen Vermächtnisses, der Perspektiven darauf, was in Zukunft möglich werden kann, ausgehandelt, unter Begleitung von Garanten, die beiden Seiten gleichermaßen nahe stehen, dann wären Kompromisse möglich, selbst wenn sie sich in manchen Teilen vielleicht nicht weit von dem unterscheiden müssten, was Jared Kushner auf seinen 181 Seiten schreibt. Der Weg dahin würde über die Anerkennung der Palästinensischen Autonomiebehörde als Regierung des Staates Palästina führen, als die sie sich selbst bezeichnet. Auch wenn das nur ein Etikett sein mag, das an den Verhältnissen vor Ort zunächst nichts ändert, so könnten dann formal zwei international anerkannte Staaten miteinander Verhandlungen aufnehmen. Wenn uns dieser Gedanke abwegig erscheint, mag das daran liegen, dass wir in Deutschland gar nicht wahrnehmen, dass der Staat Palästina als solcher bereits von 138 der 193 Mitgliedsstaaten der UNO, darunter immerhin 9 der 27 EU-Länder anerkannt wird, sowie vom Vatikan. Eine Bundestagsresolution zur Anerkennung des Staates Palästina wäre die gebotene Antwort auf den „Deal of the Century“ und ein entscheidender nächster Schritt.

(aus: [ABRAHAMS POST 36.2020](#))